

**Anmerkungen der UWG-Fraktion zur Haushaltsberatung 2011**

Herr Bürgermeister,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

24,1 Millionen, das ist die Summe, die wir im Rat der Gemeinde Neunkirchen in diesem Haushaltsjahr ausgeben werden – leider mit der Einschränkung, dass wir nur 23,4 Millionen einnehmen. Dies bedeutet unterm Strich ein Defizit von über 750000 € für das aktuelle Jahr. Das sollte uns dennoch nicht von leeren Kassen sprechen lassen, die Kasse Neunkirchens ist alles andere als leer. Jeder Bürger bringt unterm Strich etwa 1700 € auf, nimmt man zufließende Mittel z.B. Schlüsselzuweisungen hinzu, die ja letztlich auch aus Steuermitteln stammen, so sind wir bei fast 2000 €, die jeder Bürger, Unternehmer und Einwohner Neunkirchens zum Gemeindehaushalt beiträgt. Dafür erhält jeder Bürger natürlich Gegenleistungen. Man bekommt sauberes Trinkwasser, das Abwasser wird entsorgt, der Müll wird abgeholt, die Straßen im Winter geräumt, die Schulkinder zur Schule gefahren, die Pässe ausgestellt, die Sportstätten gepflegt, die Verwaltung geregelt, Bauplätze erschlossen, und... und ... und. Dennoch spricht die UWG Neunkirchen allen Beteiligten ausdrücklich Dank und Anerkennung für ihren Beitrag als Steuer- und Gebührenzahler aus und für das, was viele ehrenamtlich in ihren Gruppierungen und Vereinen, im DRK oder der Feuerwehr oder anderen caritativen und kirchlichen Verbänden tun.

Da wir – nach Aussage unseres Kämmers – auf absehbare Zeit keine Schlüsselzuweisungen mehr sehen, und wir trotz Anstieg der Gewerbesteuer auf über 12 Millionen bis 2016 keinen ausgeglichenen Haushalt mehr hinbekommen werden, haben wir ein echtes Problem: nämlich ein strukturelles Defizit. Strukturell heißt ganz offensichtlich, dass es mit der Struktur ein Problem gibt !  
Man könnte es auch einfacher formulieren, wir leben über unsere Verhältnisse!  
Über die Verhältnisse, weil Ausgaben mit unseren gegebenen Strukturen wie Bevölkerung, wie Gewerbelandschaft, wie Pflichtaufgaben, gemeindlichen Einrichtungen, Grundschulen, Sek-II-Schulen, Sportplätzen, Bädern, Friedhöfen, Feuerwehren, irgendwann auch Kindergärten, Gemeindeämtern, Rathaus, Bürgerbüro usw. usw. nicht mehr zusammenpassen. Gewerbeunternehmen mit diesem Mangel müssten sich nachhaltig sanieren oder sie verschwinden im Niemandsland Konkurs gegangener Betriebe.

Es kann hierbei kein Trost sein, dass wir von Leidensgenossen umgeben sind, dass ein Teil unserer Probleme auf das Umlagesystem zurückgeht, oder dass Gemeinden, denen es im Unterschied zu uns schon seit langem so oder so ähnlich geht, immer noch vor sich hin wirtschaften. Das kann kein Trost und nicht unser Weg sein !

Gratulieren möchte ich den beiden Mehrheitsfraktionen dieses Rates. Denen ist nun aufgegangen, wer der Schuldige an dieser Misere ist – nämlich die UWG !

Die will Kahlschläge, die will kaputtsparen, die will die Rasenmähermethode.

Wir wollen überhaupt nicht sparen, das geht auch nicht, weil sparen heißt per Definition „Geld zurücklegen, anhäufen, auf die hohe Kante legen“. Das können wir alles nicht, denn wir haben kein Geld dafür. Man kann nur sparen, was man hat.

Bei dem, was man nicht hat, kann man nur strikte Ausgabenbeschränkung betreiben.

Das war auch der Grund, weshalb die UWG den Begriff der Zukunftskonferenz in die Diskussion brachte. Leider wurde diese nicht besonders häufig anberaumt, und leider wurde sie auch hinter verschlossenen Türen abgehalten, dafür aber auf mehreren Ebenen.

Eine öffentliche Ratssitzung mit gleicher Zielsetzung, nämlich Neunkirchen auf Dauer an den gegebenen finanziellen Möglichkeiten auszurichten und damit zukunftsfähig zu machen, scheiterte an vielerlei.

Da ist zunächst die Angst, gewohnte Besitzstände und Standards anzugehen. Liebe Ratskollegen, unsere Bürger verstehen das Unvermeidliche viel besser, als Sie denken. Vor allem verstehen sie, dass man angesichts drängender Finanzprobleme nicht nach Motto „nur weiter so“ verfährt. Wir können die Abgabschraube nicht stets und ständig fester ziehen. Sondern wir müssen den Bürgern und den Wählern klar sagen, was geht und was nicht.

Darum hatte die UWG einen Haushaltsantrag mit sechs Punkten zur Ratssitzung gestellt. Wir wollten damit auch nicht aus der Phalanx der Haushaltssanierer ausscheren, schon gar nicht hatten wir gedacht, die Feuerwehr zu provozieren. Das wir unter anderen beantragt haben, ein Feuerwehrfahrzeug zunächst nicht zu beschaffen, hätten wir auch nach der Feuerwehrjahresbesprechung publizieren können. Wir haben es vorher getan, und wir haben uns in Fraktionsstärke unter die 200 Feuerwehrleute in der Aula gemischt. Wer das als hinterhältig, provokant oder feige darstellen möchte, ist auf dem falschen Lösboot. Die UWG hat auch keine Absprachen verletzt, wie Gemeindebrandinspektor Torsten Schneider unterstellt, sondern getreu ihrer Tradition der Unabhängigkeit gewagt, Vorschläge zu unterbreiten, die nicht schmecken aber wie eine bittere Medizin durchaus helfen können.

Im SPD-Artikel der SZ vom 19.2. unter der Überschrift „SPD gegen UWG-Kahlschlagpolitik“ versteigt sich der dortige Pressesprecher u.a. zu der Bemerkung, Zitat: „...insofern hätte die UWG bereits in der Neuanlage des Friedhofes Struthütten über ihr Strukturverständnis nachdenken müssen.“ Zitatende. Da bleibt einem die Luft weg! Den zweiten Friedhof für Struthütten hat doch ganz alleine die SPD beantragt. Dieser neue Friedhof meine Damen und Herren ist immerhin für über 20 % der kalkulatorischen Friedhofsgebühren verantwortlich, und den hat entgegen anderslautender Äußerungen nicht die UWG beschlossen, sondern die SPD mit der CDU ohne die Stimmen aus FDP und UWG.

Von ähnlicher Qualität ist der CDU-Artikel vom 22.2.! Dort macht die CDU der UWG die Krambergschwimmhalle zum Vorwurf. Die UWG hat seinerzeit nur festgestellt, dass die Zukunftskommission nicht unter dem Vorbehalt stehen dürfe, die CDU mache nur mit, wenn die Kramberghalle geschlossen wird. Diese Bedingung hatte der Fraktionsvorsitzende Müller so oder so ähnlich stellen wollen, weil man andernfalls mit ihm gar nicht über sparen reden brauche.

Irgendwie ist es der CDU entgangen, dass der Förderverein der Krambergschwimmhalle viel Zeit, Geld und Muskelkraft eingesetzt hat, um die aus CDU-Sicht „antiquierte Schwimmhalle“ wieder etwas auf Vordermann zu bringen. Die Auslastung der Halle spricht eindeutig dafür, dass ein Bedarf da ist. Leider wurde seit der Eröffnung des Familienbades, welches gegen den Willen der Mehrheit in der Neunkirchner Bevölkerung, und gegen den Willen der damaligen UWG beschlossen wurde, vermieden, zur Erhaltung der Krambergschwimmhalle die notwendigen Mittel bereitzustellen, hatte man damals mit dem Beschluss für den Bau des Familienbades wohl insgeheim die Schließung des Lehrschwimmbeckens beschlossen, aber dann die Umsetzung auf die lange Bank geschoben. Bei den Planungen des Familienbades wurde damals versäumt, dort für einen adäquaten Ersatz des Lehrschwimmbeckens zu sorgen, damit wäre eine Schließung des „Antiquariats“ gerechtfertigt gewesen. Fakt ist, dass Schulschwimmunterricht und DLRG-Aktivitäten im Familienbad in der Form nicht möglich sind.

Die CDU spricht von Verschleierungstaktik des Fördervereins. Es wäre sinnvoll gewesen, erst einmal die Zahlen genau zu betrachten, die die CDU in ihrem Antrag von der Verwaltung eingefordert hat. Nur weil man vielleicht mit dem Förderverein nicht klarkommt, direkt das ganze, engagierte bürgerschaftliche Projekt in Frage zu stellen, ist wohl mehr als eine vollmundige Verunglimpfung der von der UWG eingeforderten Ausgabenreduktion bei der Vereinsförderung. Wenn wir Indianer wären, würden die Unabhängigen der CDU entgegenhalten, sie spräche mit gespaltener Zunge.

In ihrer Pressemitteilung fordert die CDU dazu auf, das vielfältige ehrenamtliche Engagement der Vereine im Blick zu behalten. Ist der Förderverein der Krambergschwimmhalle dabei auszuklammern?

Die UWG-Neunkirchen schießt in keinster Weise gegen das Familienbad, sondern macht sich Gedanken, wie das jährliche Defizit dort abgemildert werden könnte, Steigerung der Attraktivität bei steigenden Besucherzahlen, ohne viel Geld in die Hand zu nehmen. Ist dies eine Verfehlung, die mit solcher Häme begleitet werden muss? Ist es gar normal, das Nachbargemeinden, die keine Schwimmstätten vorhalten, neben den 60 Prozent der auswärtigen Besucher des Familienbades ganze Schulklassen für 30 Euro ins Familienbad schicken? Ist das normal, wenn unser Ganzjahresbad über 600 000 € Verlustabdeckung erfordert?

Anregungen und Vorschläge, die darauf hinzielen, die Attraktivität des Familienbades zu verbessern und damit Besucherzahlen und Einnahmen zu verbessern, auch ohne viel Geld in die Hand nehmen zu müssen, sind der zuständigen Stelle im Rathaus von der UWG vorgelegt worden. Erhöht wurden mit Rückendeckung aller politischen Vertreter die Preise, die zuständige GmbH in der Hoffnung „es wird schon gut gehen, is' ja weit und breit kein anderes Bad, die Leute werden schon weiter kommen“. Aber was, wenn im Herbst mal das Bad in Kirchen eröffnet wird? Ein Signal an potentielle Badegäste, wir werden nicht nur teurer, sondern auch attraktiver wäre ein sehr wichtiges Signal.

Im vergangenen Jahr steckte die gesamte Politik Neunkirchens noch die Prügel der damaligen Wehrführung ein, diesmal war es nur noch eine Fraktion. Innerlich wird sich jede Fraktion gefreut haben, dass eine andere ins Hornissennest gestochen hat. Haben doch in ihren Äußerungen alle Fraktionen, auch in ihrer Pressemitteilung die CDU, keinen Zweifel daran gelassen, dass das bisherige System Feuerwehr so nicht zukunftsfähig ist. Indem man nun auf die UWG einprügelt entsteht wieder der Eindruck: „Die CDU spricht mit gespaltener Zunge“?

Die UWG hat mit ihrem Antrag nichts anderes beabsichtigt, als einen Posten mit seinen Konsequenzen im Haushalt zu streichen, über den erst nach der Aufstellung eines neuen Brandschutzbedarfsplanes endgültig abgestimmt werden sollte. Da ist die CDU lt. Pressemitteilung wohl mit der UWG einig! Wir sehen das nicht als political incorrectness sondern als den Mut, das Unvermeidliche anzupacken.

Was ist so verwerflich daran, sich außerhalb des Rahmens der Zukunftskommission weiter Gedanken zur Haushaltskonsolidierung machen. Wie ich schon sagte, aus Sicht der UWG hat diese im Anschluss an

die ersten Beschlüsse viel zu wenig getagt. Es kamen bisher auch keine Signale aus der Verwaltung, wann es damit weiter gehen soll. Was rechtfertigt da die Schelte von SPD und CDU, wenn dies in der Fraktion der UWG weiter angepackt wird?

Wir binden unsere Zustimmung zum Haushalt jedenfalls an die Bedingung, dass die von uns eingebrachten Änderungsanträge in nennenswertem Maße Eingang in den Haushalt 2011 finden. Ich nenne diese nochmals im Einzelnen:

- Verbesserung der Ertragslage der Familienbad-GmbH durch Vermarktung und Vermietung morgendlicher Bad-Öffnungszeiten an Schulen und Kindergärten der umliegenden Gemeinden, bisherige Vertragsregelungen mit nicht auskömmlichen Nutzungsentgelten sind dazu umgehend aufzukündigen  
ich wiederhole, eine Schulklasse aus Wilnsdorf oder Burbach oder Herdorf zum Preis von ca. 30 €, das geht nicht mehr !
- Anhebung der Pachtzinsen gemeindlicher Gebäude und Liegenschaften im Rahmen der vertraglichen Möglichkeiten um einen angemessenen Betrag, der den Mittelpreisen in der Gemeinde Neunkirchen entspricht, ein privatwirtschaftlicher Vermieter könnte sich die Pachten für Freiergrunder Hof oder Ratskeller wirklich nicht leisten, glauben Sie mir, ich weiß wovon ich rede
- Beteiligung der Nutznießer an den Kosten vorhabenbezogener Bebauungsplan - und Planänderungsverfahren, wenn eine Bebauungsplanänderung einem bestimmten Vorhaben oder Bauherrn nützt, soll dieser die definitiven Kosten anteilig übernehmen, als wir diesen Vorschlag im vergangenen Jahr erstmals machten, kamen aus allen Fraktionen Zustimmung und Zusagen, dies anzupacken, wir hätten uns gewünscht, dass unser Bauamtschef dazu Tipps gegeben hätte. Immerhin kennt er diese Abgabe aus seiner Tätigkeit als SPD-Ratsmitglied in Freudenberg ganz genau.
- Kürzung der Vereinsförderung um einen angemessenen linearen Betrag, der die Neunkirchener Vereine verglichen mit den Vereinsförderrichtlinien der vergleichbaren Nachbargemeinden immer noch deutlich besser stellen würde,  
als Vereine in Gemeinden ohne geldliche Zuschüsse – glaubt einer der anwesenden Ratsvertreter, auch nur ein Verein würde dicht machen, wenn wir nur noch die Hälfte zahlen könnten
- Lineare Kürzung bei allen sächlichen Ausgaben der Verwaltung sowie der Eigenbetriebe der Gemeinde Neunkirchen ähnlich einer unterjährigen Haushaltssperre, ein Beispiel: wenn in einer Firma mit angespannter Ertragslage ein PC-Drucker baden geht, müssen sich zwei, drei Mitarbeiter ein solches Gerät teilen, eine Gemeinde im Nothaushalt kauft einen neuen und besseren und rechnet den Ratsvertretern die Synergie- und Einspareffekte vor
- Streichung des Haushaltsansatzes für die Neubeschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges in 2011 zur Einsparung der damit erhöhten Abschreibung sowie der Kredit- und Kreditfolgekosten, ganz davon abgesehen, dass der Brandschutzbedarfsplan und das Fahrzeugkonzept überarbeitet werden sollen, hatten wir von der UWG schon der im vergangenen zurückgetretenen Feuerwehrführung bei Amtseinführung empfohlen sich der Einsicht in das Machbare zu stellen. Die schmiss allerdings hin und die neue Führung kündigte für den Fall, dass es nicht nach ihrem Plan gehe, schon bei der Amtseinführung an, dass sie unter solchen Umständen ebenfalls oder wie auch immer zurücktrete,  
ein merkwürdiges Amtsverständnis und so gar nicht das hohe Lied des Einsatzes für Mitmenschen und Gemeinwohl.

Die UWG bleibt für den demokratischen und konstruktiven Dialog immer offen, aber einem Haushalt unter Ausklammerung all dieser Vorschläge können wir nicht zustimmen. Es geht nicht darum, alle 6 Punkte zwingend im Haushalt zu beachten, aber die Größenordnung der Ausgabenreduzierung ist Bedingung.

Vorsitzender der UWG-Fraktion

Gerhard Lichtenthäler